

durch ungemein erschwert. Dem Beharren auf bestimmten – manchmal ostentativ als Maximalforderungen formulierten – Positionen standen sehr viel differenziertere Äußerungen und Konzepte gegenüber, die über den engen Spielraum diplomatischer Verhandlungen hinauswiesen. Die Saarfrage geriet so auf diplomatischer Ebene in das Konfliktfeld zwischen öffentlich starr formulierten Grundsatzpositionen wie der Ablehnung deutsch geleiteter Zentralverwaltungen und weitreichenden inhaltlichen Zielen wie der Kontrolle des als destruktiv und bedrohend empfundenen deutschen Industriepotenzials.⁶

Die Notwendigkeit innenpolitischer Rücksichtnahme auf leidenschaftlich formulierte und oft radikale Forderungen erschwerten den französischen Protagonisten der Saarpolitik die Arbeit zusätzlich. Viele Franzosen sahen in einer Annexion der Saar die geradezu selbstverständliche Konsequenz des letztlich gewonnenen Krieges. Damit verbunden war die Hoffnung auf nennenswerte wirtschaftliche Vorteile, die den Wiederaufbau des eigenen – kaum weniger als Deutschland zerstörten – Landes ermöglichen würden. Der Verlust der Saar – so wurde argumentiert – sei zudem die gerechte Strafe für Deutschland, das in den vergangenen Kriegen immer wieder französische Gebiete besetzt und annektiert habe.

Die Forschung ging lange Zeit von der Prämisse aus, nicht nur ein großer Teil der französischen Öffentlichkeit und viele Parlamentarier, sondern auch die französische Regierung habe eine Annexionspolitik gegenüber der Saar verfolgt (Heinrich Küppers, Wilfried Loth). Eine genaue Analyse der nach Öffnung der Archive verfügbaren Quellen legte jedoch eine andere Interpretation nahe (Rainer Hudemann, 1992). Erstens gibt es für 1945 auf der Spitzenebene nur einen einzigen Beleg für eine solche Absicht de Gaulles, der sprachlich nicht eindeutig formuliert ist, dessen Autor nicht genau identifiziert werden kann und von dem außerdem nur der ungezeichnete Durchschlag eines auf den 8. Oktober 1945 datierten maschinenschriftlichen Gesprächsprotokolls vorliegt.⁷ Auch die große Regierungsdirektive zur Saarpolitik vom 25. August 1945 spricht nur von „Assimilation“, nicht aber von „Annexion“.⁸ Zweitens handelt es sich bei dem Dokument vom 8. Oktober um die Verhandlungsanweisungen an den Leiter der politischen Abteilung des Außenministeriums Maurice Couve de Murville für eine französisch-britische Konferenz in London und damit um den Bereich französischer Maximalforderungen (Dietmar Hüser) im interalliierten taktischen Spiel. Drittens hatte sich de Gaulle im Sommer und Herbst 1945 sowohl intern als auch öffentlich mehrmals klar gegen französische Annexionen ausgesprochen – so zum Beispiel nur zwei Tage zuvor gegenüber den Spitzen der Militärregierung in Baden-Baden. Intern hatte das Außenministerium bereits seit Winter 1944/45 nachdrücklich und wiederholt davor gewarnt,

⁶ Vgl. die Quellen Nr. 9 u. 15.

⁷ Vgl. Quelle Nr. 7.

⁸ Vgl. Quelle Nr. 5.